

der kapitalistische Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft vorwiegend durch die direkte Enteignung werktätiger Bauern angestrebt. Das Tempo des Strukturwandels war für das Monopolkapital aber unbefriedigend. In den vergangenen 20 Jahren hat sich die durchschnittliche Größe der Betriebe über 0,2 ha LN nur von 9,6 auf 12,4 ha erhöht.

Deshalb soll jetzt der Konzentrationsprozeß auch durch die kapitalistische kooperative Zusammenarbeit beschleunigt werden. Gefördert werden vor allem Zusammenschlüsse auf privatkapitalistischer Grundlage, wie Maschinenringe, Erzeugerringe, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung usw. Die Bildung von bäuerlichem Gemeinschaftseigentum sowie Bestrebungen nach eigener Verarbeitung und Vermarktung werden weitestgehend verhindert.

Diese kooperativen Zusammenschlüsse der Bauern sollen sich im Zuge der Entwicklung zu kapitalistischen landwirtschaftlichen Großbetrieben entwickeln, die mit den Konzernen der Ernährungsindustrie und des Handels eng verbunden sind. Die landwirtschaftliche Produktion soll völlig dem Diktat der Ernährungsindustrie untergeordnet werden. Die werktätigen Bauern sollen Schritt für Schritt ihr Eigentum an Produktionsmitteln verlieren und faktisch zu Lohnarbeitern des Agrarkapitals bzw. der Industriemonopole werden. Die Enteignung der Bauern ist bei dieser taktischen Variante des modernen Bauernlegens nicht Voraussetzung, sondern Resultat der weiteren Konzentration in der Landwirtschaft.

Angesichts dieser Entwicklung erklärt die DKP: „Für die Kommunisten ist und bleibt es ein Grundanliegen, das bäuerliche Eigentum gegen den Zugriff des Großkapitals zu verteidigen. .. Für die Entwicklung einer modernen bäuerlichen Landwirtschaft ist das bäuerliche Eigentum an Grund und Boden eine entscheidende Voraussetzung. Darum darf das von Generation zu Generation vererbte Eigentum der Bauern nicht durch den kapitalistischen Strukturwandel leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.“

Im Bauernprogramm der DKP wird auch gesagt, wie das erreicht werden kann. Es heißt dort: „Dieser Widerspruch läßt sich bei der Erhaltung des bäuerlichen Eigentums nur durch eine breite Entfaltung der gegenseitigen Hilfe, der zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit und in Erzeugergemeinschaften lö-

Regierung will den kapitalistischen Großbetrieb

Alle im Bundestag vertretenen Parteien haben in den Grundzügen der Agrarpolitik die gleichen Anschauungen. Hier liegt auch der wesentliche Grund, weshalb Landwirtschaftsminister Ertl von der FDP bereits in der Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung hervorgehoben hat, daß „die neue Koalition wesentliche Teile des Höcherl'schen Arbeitsprogramms als Grundlage ihrer Anschauung haben“ werde.

CSU-Höcherl hatte bekanntlich noch während seiner Amtszeit als Bundeslandwirtschaftsminister einen Plan vorgelegt, dessen Ziel darin bestand, bis zum Jahre 1980 mindestens 900 000 Vollarbeitskräfte — in ihrer überwiegenden Mehrheit von klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften — durch direkten und indi-

sen ... Die Kooperation ist unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts eine Lebensnotwendigkeit für die Bauern. Doch wir Kommunisten verstehen unter Kooperation, unter Erzeuger- und Maschinengemeinschaften echte zwischenbetriebliche und gemeinschaftliche Zusammenarbeit, die nicht zur Verdrängung der kleinen Bauern führt, sondern den existenzbedrohten bäuerlichen Betrieben, einschließlich Zu- und Nebenerwerbsbauern, die Möglichkeit erschließt, sich auf die neuen Erfordernisse unserer Zeit einzustellen. Diese Zusammenarbeit wird den Bauern helfen, nicht noch mehr in Abhängigkeit vom Monopolkapital zu geraten. Gemeinschaftlich sind sie stärker, sich gegen die Ausbeutung durch Industrie- und Handelskonzerne zu wehren und deren Einfluß zurückzudrängen.“

rekten Druck zum Ausscheiden aus der Landwirtschaft zu veranlassen. In völliger Übereinstimmung damit wird in dem vom Bonner Landwirtschaftsminister Ertl vorgelegten „Agrar-Bericht“ in einer langfristigen Prognose eingeschätzt, daß von den gegenwärtig 2,24 Millionen landwirtschaftlichen Erwerbstätigen 1980 nur noch 1,2 Millionen in der Landwirtschaft tätig sein werden.

Das in Anlehnung an diese Prognose von der SPD/FDP-Regierung erarbeitete „Landwirtschaftliche Förderungsprogramm“ geht über den Höcherl-Plan insofern noch hinaus, als es eine ganze Reihe gezielter Maßnahmen enthält, mit denen das Bauernlegen und der kapitalistische Konzentrationsprozeß noch beschleunigt werden sollen. Die